

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 27 (2002)
Heft: 1

Rubrik: Aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schutz von Ureinwohnern und Fahrenden, Ständerat lehnt Nationalratsmotion ab

Der Ständerat hat am 5. Dezember 2001 die Konvention zum Schutz indigener Völker abgelehnt. Der Ausschlag für diesen Entscheid war die Befürchtung, dass die Schweizer Fahrenden neue Rechte erlangen würden. Diese Argumentation ist höchst problematisch. Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert den Bundesrat auf, dem Rassismus gegen Fahrende entgegenzutreten, mit einer schweizerischen Aussen- und Asylpolitik, welche der Situation der Fahrenden entgegenkommt. Ein entsprechender parlamentarischer Vorstoss wird vorbereitet.

Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verankert die Gleichberechtigung der indigenen Völker in der Arbeitswelt und legt Grundrechte wie das Recht auf ein eigenes Territorium, eine eigene Lebensweise, Kultur und Sprache fest. Der Nationalrat hatte am 5. Juni 2001 die Vorlage befürwortet. Dennoch blieb die Konvention im Ständerat chancenlos. Die Gegner hatten Angst, dass die Schweizer Fahrenden unter den Anwendungsbereich der Konvention fallen und damit Mehrkosten verursachen würden. Den Anwendungsbereich hätte die IAO jedem Land selber überlassen. Im Falle einer Bestätigung der Konvention durch den Ständerat hätten somit die Schweizer Instanzen über den Anwendungsbereich der Konvention definitiv entschieden.

Die Schweiz trägt eine besondere Verantwortung in ihrem Umgang mit Angehörigen der Fahrenden, wozu die Schweizer Jenischen gehören. Im Flüchtlingsbericht des zweiten Weltkrieges zeigt sich, dass sich die Schweiz seit Beginn des 20. Jahrhunderts wiederholt schwere Vergehen gegenüber Schweizer Fahrenden und Flüchtlingen aus dem Ausland schuldig macht. Der traurigste Höhepunkt der schweizerischen Politik waren die Kindswegnahmen durch das staatlich

subventionierte Hilfswerk "Kinder der Landstrasse", welche den Tatbestand des Völkermordes an den Fahrenden im Sinne der entsprechenden UNO-Konvention erfüllen.

Der Bundesrat hatte im Zuge der Aufarbeitung dieser dunklen Seiten der Schweizer Geschichte im Dezember 2000 sein Bedauern ausgedrückt und seinen Willen zu einer grundlegenden Verbesserung betont. Mit der jetzigen Entscheidung des Ständerates wurde allerdings die kulturelle Eigenart und die Existenzberechtigung der Schweizer Fahrenden erneut in Frage gestellt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert deshalb den Bundesrat auf, im Sinne eines glaubwürdigen Schrittes in die Zukunft eine schweizerische Aussen- und Asylpolitik zu entwickeln, welche den besonderen menschenrechtlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der Fahrenden in verschiedenen Ländern Rechnung trägt.

